

Thesenpapier H. Klimenta: „Geld oder Leben: Ursachen und Folgen der Finanzkrise in Europa und Eckpunkte eines enkeltauglichen Finanzsystems“, Bratislava, 19.10.2012.

Standpunkt des Referenten:

Eine europäische Friedensunion hat den Auftrag, eine soziale, ausgleichende, demokratische und enkeltaugliche Entwicklung zu unterstützen. Notwendig hierzu ist:

- Ein subsidiares Europa: Regionen müssen über umfassende direktdemokratische Instrumente verfügen, um eigenständige Entwicklungsziele verwirklichen zu können. Nähe erhöht Verantwortungsbewusstsein und mobilisiert Menschen, direkte Demokratie und der Aufbau regionaler Wertschöpfungskreisläufe sind oberstes Ziel.
- Der Standortwettbewerb mit seiner Tendenz zur Lohnsenkung und -spaltung muss beendet werden. Ziel ist ein Europa der Kooperation, bei Konkurrenz um beste Problemlösungen bei kultureller Vielfalt.

Gegenwartsbeschreibung:

(1) Deutschland treibt seine Kunden in die Pleite. Die Lohnzurückhaltung der vergangenen 15 Jahre führte zu Konkurrenzfähigkeit und Leistungsbilanzüberschüssen, während die Vermögen explodieren und sich die Handelspartner bei ebendiesen Vermögenden verschulden mussten, um ihre Defizite zu finanzieren. Diese Situation musste kollabieren.

(2) Warum gerade jetzt? Unter anderem aufgrund immenser Vermögensungleichheiten und mangelhafter Löhne baute sich in den USA eine Immobilienblase auf – nach deren Platzen kollabierten weltweit Banken. Bei den nachfolgenden Rettungs- und Konjunkturprogrammen stieg einerseits die Staatsverschuldung vieler Staaten – andererseits kippten viele in eine Rezession. Unter anderem das Verhalten von Rating-Agenturen, der grassierende Sparwahn und die zögerliche und uneinheitliche Politik Deutschlands verschärfte die Zweifel von Anlegern über die Fähigkeit von Ländern, ihre Schulden weiterhin bedienen zu können.

(3) Um das Zinsniveau der südeuropäischen Anleihen zu drücken, werden Rettungsmilliarden unter der Bedingung durchzuführender Sparprogrammen verteilt, die geeignet sind, Europa zu zerstören. Im Fiskalpakt werden Zwänge zur Reduzierung von Staatsschulden rechtskräftig, ohne die Implikationen zu bedenken: Wenn sich Staaten nicht mehr verschulden dürfen, Haushalte sowieso sparen und immer mehr Unternehmen Überschüsse aufhäufen, so muss das europäische Finanzsystem kollabieren, da der Saldo aus Ersparnisbildung und Verschuldung Null beträgt.

(4) Um die Handelsbilanzen Europas zum Ausgleich zu bringen, muss entweder das Deutsche Lohnniveau steil ansteigen, oder die Länder des Südens müssen weitersparen, oder der Euro wird in einigen Jahren nicht mehr in der gegenwärtigen Form existieren. Die menschliche sowie die politische Situation in den Südländern legen nahe, dass dort die Binnenmärkte nicht weiter zerstört werden dürfen. Falls das Lohnniveau in Deutschland nicht einige Jahre wesentlich stärker steigt als das der Handelspartner, wird entweder Deutschland oder werden die Südländer die Eurozone verlassen. Wobei letzterer Fall die Situation der Südländer deutlich verbessern würde.

(5) Es gibt noch zwei weitere Möglichkeiten, den Euro zu retten: (a) Den Transfer von Geld von Überschuss- in die Defizitländer. Diese Entwicklung zeichnet sich derzeit ab, doch ist sie zum Scheitern verurteilt, wenn dabei Austerität gefordert wird. Vielmehr sollten Vermögensabgaben genutzt werden, um Schulden zu tilgen. (b) Wanderungsbewegungen der Bevölkerungen in boomende Länder – was bedeutet, dass zunächst gut ausgebildete Menschen ihre Heimat verlassen und einer Verarmung weiter Vorschub leisten.

(6) Einem großen Teil Gestaltungseliten scheint weder bewusst zu sein, dass ihr Konzept des Gesundsparens nicht funktioniert, noch scheinen sie die politische Tragweite der Währungsunion zu durchschauen. Die Währungsunion ist gegenwärtig geeignet, Europa zu spalten.

Zukunft:

(1) Das Wichtigste zuerst: Die Austeritätsprogramme müssen aufhören. Notwendig sind Petitionen, Demonstrationen, Massenmails, Aufklärung der Bevölkerung und sonstigen Aktionen – nichts ist überflüssig! Als Begründung gilt es daran zu erinnern, dass (a) Einsparungen geringere Ausgaben zur Folge haben und damit der Konsum schrumpft. Dass (b) Lohnsenkung zu Kaufzurückhaltungen führt, und damit der Absatz und die Auslastung der Wirtschaft sinkt und von den Unternehmen ganz sicher nicht mehr Arbeitnehmer, wenn nach Lohnsenkungen auch billigere, eingestellt werden. In den Ländern Südeuropas müssen Zukunftsinvestitionen im Milliardenbereich getätigt werden – diese werden von den Nordstaaten zu finanzieren sein. Der Ausgleich der Leistungsbilanzen ist durch massive Lohnsteigerungen in Deutschland (und den Niederlande) herbeizuführen. Die Rolle des Staates und der EU wird zukünftig deutlich steigen.

(2) Die Idee des Fiskalpakts ist nicht per se schlecht, doch nur im Verbund mit einer europäisch harmonisierten Steuerpolitik menschenwürdig. Der Fiskalpakt unterwirft Europa der Austerität, außer es kommt zu einer EU-weiten, EU-koordinierten Mindestbesteuerung der Unternehmen, der Kapitalerträge, der Vermögen und der Erbschaften. Diese sind so hoch anzusetzen, dass die Wirtschaft in eine Nettoschuldnerposition gezwungen wird – denn wie oben bereits erwähnt: Wenn sich weder Staaten noch Haushalte verschulden, müssen Unternehmen diesen Part übernehmen.

(3) Der ESM ist nichts weiter als eine schlechte Alternative zu Eurobonds. Und der ESM ist weder kontrollierbar noch ausreichend. Durch den Beschluss der EZB, unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen, wurde der ESM überflüssig gemacht und ein Schritt hin zu einer Vergemeinschaftung der europäischen Fiskalpolitik getan. Leider werden die entscheidenden Schritte ausgeblendet: Entweder eine europäisch gesinnte Bürgerschaft ist bereit, nationale Kompetenzen abzugeben, oder die populistische Kräfte werden dafür sorgen, dass wir uns von Stückwerk zu Stückwerk hangeln um mit schlechten Instrumenten Zeit zu gewinnen, um doch immer wieder festzustellen, dass eine Währungsunion immer auch einer politische Union bedarf. Ein gemeinschaftliches Europäisches Projekt hat als Voraussetzung, dass sich alle Bürger gerecht behandelt fühlen – Voraussetzung dafür sind gerechte Löhne, ein gerechtes Steuersystem, in dem alle Einkommen gleich behandelt werden, sowie der Wille, Ungerechtigkeiten, wie ererbte Millionenvermögen u. a., Gemeinwohlpflichtig zu machen.

(4) Die Finanzmärkte regulieren – beste Ebene: EU. Hier gibt es einige erfreuliche Ansätze, etwa den Aufbau von Kontrollinstanzen (der EFSF), die erstmalige Regulierung von Hedgefonds (AIFM-Richtlinie), das Verbot ungedeckter Leerverkäufe, die Finanzmarktrichtlinie MIFID-II, sowie die EMIR-Verordnung, nach der u. a. der außerbörsliche (OTC-)Handel transparenter gemacht werden müssen. Leider sind die Regulierungen durchwegs Marktkonform und von Lobbyverbänden weichgespült – sie werden nicht helfen, die völlig überdimensionierten Finanzmärkte auf ihren Wesenskern zu schrumpfen. Zahllose Derivate sind ebenso zu verbieten wie Schattenbanken, die Ratingagenturen sind zu entmachten (v.a. indem man sie aus Gesetzeswerken streicht und die Eigenkapitalvorschriften der Banken erhöht und vereinfacht). Das auf den Märkten vagabundierende Kapital ist zu einem hohen Teil durch Vermögensabgaben abzuziehen und zur Schuldentilgung zu verwenden. Ziel ist ein umfassender Bedeutungsverlust der Finanzmärkte.

(5) Ein zukunftsfähiges Bankenwesen heißt: Kredit- und Investmentbanken sind zu trennen, das Eigenkapital für Investmentbanken beträgt 100 % der Investments. Banken müssen generell klein genug sein, um kontrollierbar zu sein und Pleite gehen zu dürfen. Deshalb sind alle Großbanken zu zerlegen. Kreditbanken dürfen nicht als Kapitalgesellschaften organisiert, sondern müssen demokratisch kontrolliert sein. Dies gelingt durch öffentliche oder genossenschaftliche Modelle. Alle Banken sind regional zu verankern (sie dürfen nur in einer Region Kreditgeschäfte tätigen) – und bei den Kreditentscheidungen müssen soziale und ökologische Kriterien sowie die Bedürfnisse der Stakeholder mit in den Entscheidungsprozess einfließen.